

Sozialschutz in der Europäischen Union

Statistik

kurz gefasst

BEVÖLKERUNG UND
SOZIALE BEDINGUNGEN

14/2006

Lebensbedingungen und
Sozialleistungen

Autor

Alexandra PETRÁŠOVÁ

Inhalt

28 % des BIP wurden 2003 für
Sozialschutz aufgewendet..... 1

In den baltischen Staaten wird
(gemessen in KKS* pro Kopf) sieben
Mal weniger für Sozialschutz
ausgegeben als in den drei EU-Ländern
mit den höchsten Ausgaben dafür 2

Der für Sozialschutz aufgewendete
Anteil am BIP nahm 2003 weiter zu 3

... aber die Ausgaben pro Kopf zu
konstanten Preisen gingen 2003 leicht
zurück..... 4

Vorläufige Schätzungen für 2004 zeigen
einen Rückgang des Anteils der
Sozialschutzausgaben am BIP..... 5

Ein Großteil der Leistungen wurde 2003 für
Alters- und Hinterbliebenenversorgung
aufgewendet..... 5

Barleistungen sind vorherrschend..... 7

Deutlicher Anstieg der Ausgaben für
Krankheit/Gesundheitsversorgung 7

Sehr unterschiedliche
Finanzierungssysteme, jedoch Trend
zur Annäherung..... 9



Manuskript abgeschlossen: 18.10.2006

Datenextraktion am: 15.11.2005

ISSN 1024-4379

Katalognummer: KS-NK-06-014-DE-N

© Europäische Gemeinschaften, 2006

Die Sozialschutzausgaben machten 2003 in der Europäischen Union 28,0 % des BIP aus. Allerdings ist der Anteil in manchen Ländern mehr als doppelt so hoch wie in anderen. Die Ausgaben sind in Schweden am höchsten (33,5 %), in Estland und Lettland am niedrigsten (13,4 %). Die Pro-Kopf-Ausgaben zu konstanten Preisen steigen stetig an.

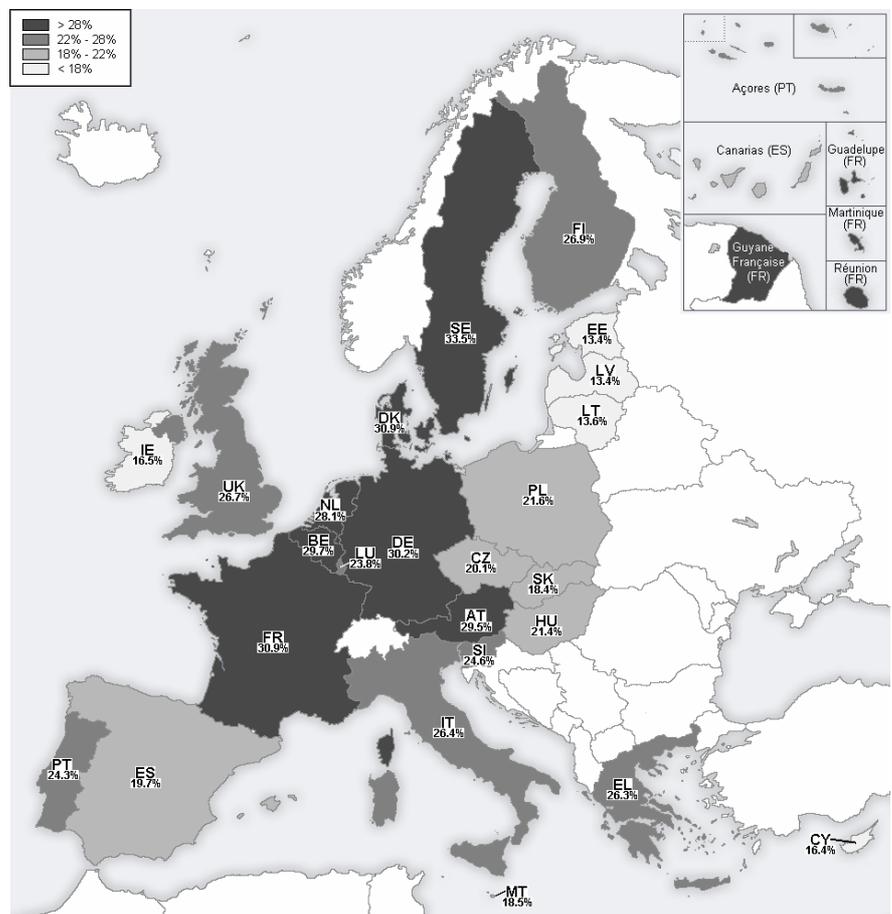
In den meisten Ländern wird ein Großteil der Sozialleistungen für die Alters- und Hinterbliebenenversorgung aufgewendet. Auch die Ausgaben für Krankheit/Gesundheitsversorgung sind in der EU-15 im Zeitraum 1999-2003 gleichmäßig gestiegen (um durchschnittlich 4,2 % im Jahr).

Die Systeme zur Finanzierung des Sozialschutzes unterscheiden sich von einem Land zum anderen deutlich, wobei einmal die Sozialversicherungsbeiträge (60,0 % der Gesamteinnahmen auf EU-25-Ebene im Jahr 2003) und ein andermal die staatlichen Zuweisungen (37,0 %) im Vordergrund stehen. Es sind jedoch Anzeichen für eine Annäherung der Systeme erkennbar.

28 % des BIP wurden 2003 für Sozialschutz aufgewendet

Die Länder der EU-25 gaben 2003 im Durchschnitt brutto (siehe Wissenswertes zur Methodik) 28,0 % ihres BIP für Sozialschutz aus (Abbildung 1 und Tabelle 1).

Abbildung 1: Sozialschutzausgaben als in % des BIP in der EU 2003



Quelle: Eurostat-ESSOSS

2003 lebten fast 43 % der Bevölkerung der EU in Ländern mit durchschnittlichen oder überdurchschnittlichen Anteilen der Sozialschutzausgaben am BIP (28 % und mehr), annähernd 32 % in Ländern mit Anteilen zwischen 23 % und 27 %, über 23 % in der Ländergruppe mit 18 % bis 22 % des BIP und unter 3 % in Ländern, die weniger als 17 % des BIP für den Sozialschutz aufwenden.

Die Länder mit den höchsten Anteilen — Schweden (33,5 %), Frankreich, Dänemark (jeweils 30,9 %) und Deutschland (30,2 %) — gaben mehr als doppelt so viel für Sozialschutz aus als die drei baltischen Länder Estland, Lettland (jeweils 13,4 %) und Litauen (13,6 %), die den niedrigsten Anteil aufwiesen.

In den baltischen Staaten wird (gemessen in KKS* pro Kopf) sieben Mal weniger für Sozialschutz ausgegeben als in den drei EU-Ländern mit den höchsten Ausgaben dafür

Drückt man die Sozialschutzausgaben in KKS (Kaufkraftstandards) pro Kopf aus, sind die Unterschiede zwischen den einzelnen Länder noch ausgeprägter (Abbildung 2).

Innerhalb der EU-25 hatte Luxemburg 2003 die höchsten Ausgaben (10.905 KKS pro Kopf)¹, gefolgt von Schweden und Dänemark (über 8.000 KKS pro Kopf).

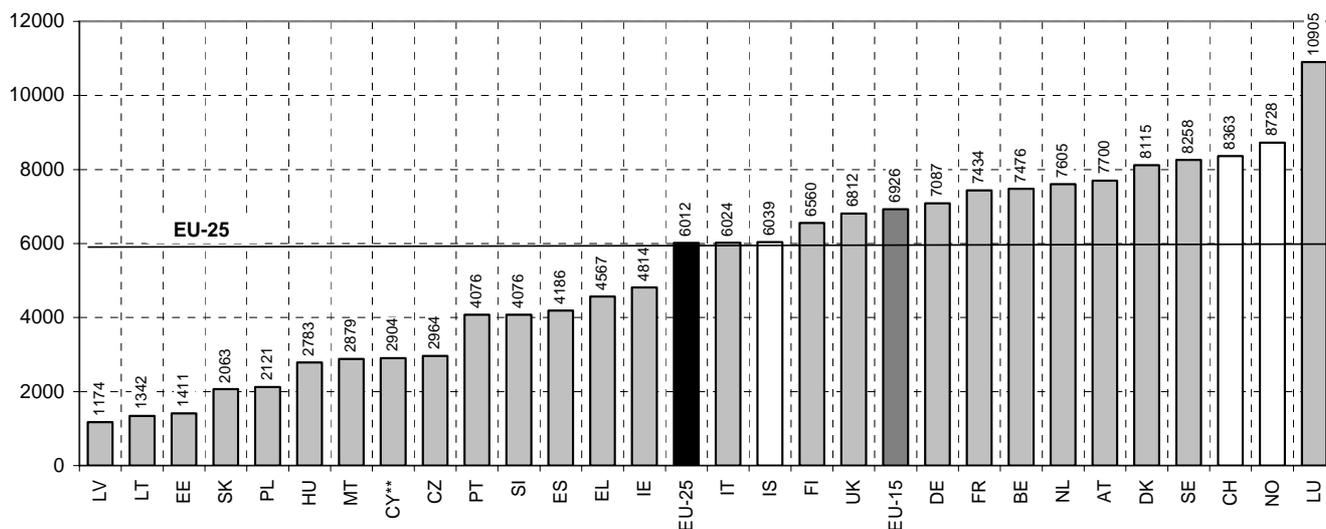
Die baltischen Länder hingegen weisen sehr niedrige Ausgaben auf: 1.411 KKS oder weniger pro Kopf. Dies

ist sieben Mal weniger als die Werte der drei EU-Länder mit den höchsten Ausgaben (Mittelwert).

Außerhalb der EU-25 verzeichnete Norwegen die höchsten Ausgaben (über 8.700 KKS) und lag damit knapp hinter Luxemburg.

Die Abweichungen zwischen Ländern rühren zum Teil von dem Wohlstandsgefälle zwischen ihnen her, spiegeln aber auch Unterschiede der einzelnen Sozialschutzsysteme, der Bevölkerungsentwicklung, der Arbeitslosenquoten und bei anderen, sozialen, institutionellen und wirtschaftlichen Faktoren wider.

Abbildung 2: Sozialschutzausgaben in KKS* pro Kopf, 2003



* Kaufkraftstandards (KKS): von einer nationalen Währung unabhängige Einheit, mit der Verzerrungen durch unterschiedliche Preisniveaus vermieden werden. Die KKS-Werte werden von Kaufkraftparitäten (KKP) abgeleitet. Diese Paritäten erhält man aus dem gewichteten Durchschnitt der Preisrelationen eines homogenen Waren- und Dienstleistungskorbs, der für alle Mitgliedstaaten vergleichbar und repräsentativ ist.

** Die Daten für Zypern beziehen sich auf 2002.

Quelle: Eurostat – ESSOSS

¹ Luxemburg ist insofern ein Sonderfall, als ein beachtlicher Teil der Leistungen (hauptsächlich Gesundheitsausgaben, Altersruhegelder und Familienzulagen) an Personen geht, die im Ausland leben. Rechnet man diese Besonderheit heraus, so verringern sich die Ausgaben auf ungefähr 9.200 KKS pro Kopf.

Der für Sozialschutz aufgewendete Anteil am BIP nahm 2003 weiter zu

In der EU-15 insgesamt (für die lange Zeitreihen zurück bis 1990 zur Verfügung stehen) hat sich der Anteil der Sozialschutzausgaben am BIP nach einem Höchststand von 28,7 % im Jahr 1993 bis zum Jahr 2000 auf 27,2 % verringert (Tabelle 1). Dann nahm der Anteil ab 2001 stetig zu und lag 2003 bei 28,3 %.

So wurden 2003 in den meisten Ländern der EU-25 Zuwächse verzeichnet, nur nicht in der Tschechischen Republik, in Griechenland, Lettland, Litauen, Polen, Slowenien und der Slowakei.

In dieser Steigerung kommt zum Ausdruck, dass die Sozialausgaben schneller zunahmten als das BIP, dessen Wachstum sich im Jahr 2002 gegenüber 2001 und nochmals im Jahr 2003 gegenüber 2002 in der

Europäischen Union verlangsamt. Die Sozialschutzausgaben setzen sich aus Posten zusammen, die kaum auf die konjunkturelle Entwicklung der Wirtschaft reagieren (wie beispielsweise die Ausgaben für Gesundheitsschutz oder Altersruhegelder) oder sich sogar antizyklisch verhalten (Ausgaben verbunden mit Arbeitslosigkeit oder sozialer Ausgrenzung).

Die Lage einiger neuer Mitgliedstaaten (Lettland und Litauen) unterscheidet sich etwas von der Lage der übrigen Mitglieder der Europäischen Union. So ist zwischen 2001 und 2003 das BIP dieser Länder weiter stark gestiegen, und der Anteil der Sozialschutzausgaben am BIP war aus diesem Grund rückläufig.

Tabelle 1: Sozialschutzausgaben (in % des BIP)

	1994	1996	1998	2000	2001	2002	2003
EU-25 *	:	:	:	26.9	27.1	27.4	28.0
EU-15	28.4	28.4	27.5	27.2	27.5	27.7	28.3
BE	28.7	28.6	27.6	26.8	27.7	28.8	29.7
CZ	:	17.6	18.6	19.6	19.5	20.2	20.1
DK	32.5	31.2	30.0	28.9	29.2	29.9	30.9
DE	27.7	29.4	28.9	29.3	29.3	29.9	30.2
EE	:	:	:	14.4	13.6	13.2	13.4
EL	22.1	22.9	24.2	26.3	27.0	26.4	26.3
ES	22.8	21.9	20.6	19.6	19.4	19.6	19.7
FR	30.2	30.6	30.0	29.3	29.5	30.2	30.9
IE	19.7	17.6	15.2	14.1	15.0	15.9	16.5
IT	26.0	24.8	25.0	25.2	25.6	26.1	26.4
CY	:	:	:	:	15.2	16.4	:
LV	:	:	:	15.3	14.3	13.8	13.4
LT	:	:	:	15.8	14.7	14.1	13.6
LU	22.9	24.1	21.7	20.3	21.3	22.6	23.8
HU	:	:	:	19.8	19.8	20.7	21.4
MT	:	18.8	18.9	16.9	17.7	18.0	18.5
NL	31.7	30.1	28.4	27.4	26.5	27.6	28.1
AT	28.9	28.8	28.4	28.3	28.6	29.2	29.5
PL	:	:	:	20.1	21.5	21.9	21.6
PT	21.3	20.4	21.2	21.7	22.8	23.7	24.3
SI	:	24.0	24.8	24.9	25.3	25.2	24.6
SK	:	19.8	20.2	19.5	19.1	19.2	18.4
FI	33.8	31.4	26.9	25.3	25.5	26.2	26.9
SE	36.8	33.8	32.2	31.0	31.5	32.5	33.5
UK	28.6	28.0	26.9	27.0	27.5	26.4	26.7
IS	18.7	19.1	18.7	19.6	20.0	22.2	23.8
NO	27.6	26.0	27.1	24.6	25.6	26.2	27.7
CH	25.0	26.6	27.7	27.4	28.1	28.7	29.8

* In den Angaben für die EU-25 für 2000 und 2003 fehlen die Daten von Zypern. Die Anteile für die EU-25 wurden auf Basis der 24 Länder berechnet, für die Daten verfügbar sind.

Quelle: Eurostat-ESSOSS

... aber die Ausgaben pro Kopf zu konstanten Preisen gingen 2003 leicht zurück

Die Sozialschutzausgaben pro Kopf zu konstanten Preisen sind seit 1999 stetig gestiegen: in der EU-15 von 1999 bis 2003 im Durchschnitt um jährlich 2,2 % (Tabelle 2).

In diesem Zeitraum wiesen Irland (durchschnittlich 8,4 % pro Jahr), Ungarn (7,9 %), Griechenland, Luxemburg (jeweils 5,0 % pro Jahr) und die Tschechische Republik (4,7 % pro Jahr besonders hohe Zunahmen auf. Außerhalb der EU kam es in Island (6,8 % jährlich) ebenfalls zu einer hohen Steigerungsrate. In der Slowakei hingegen blieben die Pro-Kopf-Ausgaben konstant.

Die Sozialschutzausgaben pro Kopf (zu konstanten Preisen) stiegen auf Ebene der EU-15 zwischen 2001 und 2002 um 2,5 % (für die EU-25 war die Zuwachsrate mit 2,6 % geringfügig höher). Die Zunahmen innerhalb eines Jahres waren in der Tschechischen Republik (7,6 %) und Ungarn (16,2 %) besonders ausgeprägt.

In der EU-15 war das Wachstum 2003 etwas geringer (2,2 %). Auch in den meisten Ländern der EU-25 waren Rückgänge zu verzeichnen, insbesondere in der Tschechischen Republik, in Ungarn, Irland, Portugal und der Slowakei. Hingegen wiesen Estland, Litauen und das Vereinigte Königreich deutliche Zunahmen auf. Die Ausgaben nahmen in Deutschland, Slowenien, Portugal und Italien am wenigsten zu (unter 1 %) und gingen in der Slowakei sogar zurück (-2,7 %).

Das Zusammenwirken mehrerer Faktoren, hauptsächlich Anpassungen bei Sozialleistungen und rechtliche Änderungen im Sozialschutzsystem (aber auch die Qualität der vorläufigen Daten für 2003, die Inflationsrate usw.), könnte die in Tabelle 2 ersichtlichen Trends erklären.

Table 2: Expenditure on social protection per capita at constant prices (index 100 = previous year)

	2000/1999	2001/2000	2002/2001	2003/2002	Jahres- durchschnitt 1999-2003
EU-25 (1) (2)	:	102.3	102.6	102.2	:
EU-15 (1)	102.1	102.2	102.5	102.2	102.2
BE	99.4	103.1	104.9	104.5	103.0
CZ	103.9	103.9	107.6	103.5	104.7
DK	100.1	101.7	101.8	103.8	101.9
DE	101.7	100.8	102.3	100.1	101.2
EE	:	100.4	105.8	110.7	:
EL	107.5	107.3	101.5	103.7	105.0
ES	99.3	101.9	103.7	103.2	102.0
FR	100.5	101.9	104.4	102.7	102.4
IE	105.2	112.7	110.8	105.2	108.4
IT	102.3	102.9	102.1	101.0	102.1
CY	:	:	108.7	:	:
LV	:	101.0	104.7	105.6	:
LT	:	97.3	102.6	108.7	:
LU	101.8	104.4	106.5	107.5	105.0
HU	101.4	104.5	116.2	110.0	107.9
MT	103.7	103.6	102.1	104.2	103.4
NL	101.3	102.1	104.7	101.4	102.3
AT	100.5	101.6	102.8	101.6	101.6
PL	:	107.9	103.3	102.1	:
PT	103.2	99.6	104.7	100.4	102.0
SI	102.3	104.9	103.2	100.1	102.6
SK	96.3	100.4	106.7	97.3	100.1
FI	99.0	101.2	102.7	104.8	101.9
SE	101.3	102.3	104.8	104.4	103.2
UK	106.2	103.7	99.1	104.3	103.3
IS	103.8	104.5	109.3	109.6	106.8
NO	104.3	105.3	100.0	105.3	103.7
CH	101.2	102.9	101.4	103.5	102.3

(1) Zur Berechnungsmethode siehe Seite 11.

(2) 2001/2000 und 2003/2002 fehlen in der Angabe für die EU-25 die Daten von Zypern

Quelle: Eurostat-ESSOSS

Vorläufige Schätzungen für 2004 zeigen einen Rückgang des Anteils der Sozialschutzausgaben am BIP

Zehn Länder*, auf die 2003 49,7 % der Sozialschutzausgaben der EU-25 entfielen (51,4 % der Ausgaben der EU-15 im Jahr 2003), haben für 2004 Schätzungen geliefert.

In dieser Ländergruppe nahmen die Sozialschutzausgaben 2004 etwas langsamer zu als das BIP (Tabelle 3) und erreichten 26,8 % des BIP (gegenüber 27,0 % 2003). Nur in Irland, Griechenland, den Niederlanden und Finnland nahm der Anteil zu.

In konstanten Preisen ausgedrückt stiegen die Leistungen 2004 um 2,3 % an (gegenüber +3,7 % 2003). 2004 wurde nur für die Funktionen „Wohnen“ und „soziale Ausgrenzung“ ein reales Wachstum verzeichnet. Die familienbezogenen Leistungen nahmen am wenigsten zu (+0,6 %), bedingt durch die sinkende Bevölkerungszahl der unter 20-Jährigen in diesen Ländern.

Tabelle 3: Sozialschutzausgaben 2003 und 2004 in 10 Ländern* der EU

In % des BIP		2003	2004
Annual rate of growth in real terms in euros	Leistungen insgesamt	27.0	26.8
	Funktionen Alter und Hinterbliebene	3.7	2.3
	Funktion Krankheit/Gesundheitsvers.	2.7	2.2
	Funktion Invalidität/Gebrechen	5.0	3.0
	Funktion Familie/Kinder	2.0	1.1
	Funktion Arbeitslosigkeit	3.9	0.6
	Funktionen Wohnen, soziale Ausgrenzung	8.0	2.6
		0.2	1.4

* Belgien, Dänemark, Griechenland, Spanien, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Finnland

Quelle: Eurostat-ESSOSS

Ein Großteil der Leistungen wurde 2003 für Alters- und Hinterbliebenenversorgung aufgewendet

Im Jahr 2003 bilden die Leistungen für die Alters- und Hinterbliebenenversorgung in der EU-25 den größten Posten der Sozialschutzausgaben: 45,7 % der Gesamtleistungen (12,3 % des BIP) (Tabelle 4).

Das gilt ganz besonders für Italien², wo fast 62 % der Gesamtleistungen auf diese Funktionen entfielen. Dies ist unter anderem auf den hohen Anteil der Personen im Alter von 60 und mehr Jahren an der Gesamtbevölkerung zurückzuführen (25 % im Januar 2003 gegenüber einem Durchschnittswert von 21,6 % in der EU-25). Auch Polen (58,5 %), Lettland (53,1 %), Malta (52,3 %) und Griechenland (50,8 %) lagen deutlich über dem europäischen Durchschnitt.

In Irland³ hingegen beliefen sich die Leistungen für Alters- und Hinterbliebenenversorgung nur auf 23 % der Gesamtleistungen. Das lässt sich zum Teil dadurch erklären, dass Irland von allen europäischen Ländern

die „jüngste“ Bevölkerung hat: 28,8 % der Bevölkerung waren im Januar 2003 jünger als 20 Jahre (gegenüber einem Durchschnitt von 22,8 % in der EU-25), und kaum 15,1 % der Bevölkerung waren älter als 60 Jahre.

Die Aufwendungen für Krankheit/Gesundheitsversorgung machten über 28 % aller Leistungen aus (7,6 % des BIP). Ihr Umfang übertraf in Irland (41,8 %) sowie außerhalb der EU-25 in Island und Norwegen den der Leistungen für die Alters- und Hinterbliebenenversorgung. In der Tschechischen Republik (sowie in Island und Norwegen) wurde mehr als ein Drittel der Ausgaben für Krankheit/Gesundheitsversorgung aufgewendet. Hingegen entfielen in Dänemark und Polen 20,5 % aller Leistungen auf die Gesundheitsversorgung.

Leistungen im Falle von Invalidität machten in Schweden, Dänemark, Finnland und Luxemburg⁴ weit

² In Italien gehören auch Abfertigungen (TFR - trattamento di fine rapporto) zu diesen Leistungen, die teilweise unter die Aufwendungen für Arbeitslosigkeit fallen. Diese Leistungen machen rund 5% der gesamten Sozialleistungen aus.

³ Für Irland liegen keine Daten über Systeme zur betrieblichen Altersversorgung für Arbeitnehmer des privaten Sektors vor, die nach dem Kapitaldeckungsverfahren arbeiten.

⁴ In Luxemburg wurde 1999 eine neue Pflegeversicherung eingeführt. Ihre Leistungen machten 2003 3,7 % der gesamten Sozialleistungen aus. Dem ESSOSS-Handbuch 1996 zufolge sollte ein Großteil dieser Leistungen als Altersversorgung erfasst werden.

über 13 % der Gesamtleistungen aus, während der EU-25-Durchschnitt bei 8,0 % lag (2,1 % des BIP). Hohe Anteile (über 11 %) wiesen auch Polen, Portugal und die Niederlande auf. Außerhalb der EU-25 gab Norwegen am meisten für Leistungen im Bereich Invalidität aus (17,8 % der Gesamtleistungen). In Zypern (Daten für 2002), Frankreich, Griechenland und Irland hingegen lag der Anteil unter 6 %.

Auf die Funktion „Familie/Kinder“ entfielen in der EU-25 8 % der Gesamtleistungen (2,1 % des BIP). Auf 13 % oder mehr der Gesamtleistungen beliefen sich die Ausgaben in Luxemburg (17,7 % und damit höchster Anteil), Irland (16 %), Dänemark und Ungarn. Dies gilt

auch für Island. In Spanien, Italien, Polen und den Niederlanden hingegen erreichten die Leistungen für diese Funktion nicht einmal 5 % der gesamten Sozialleistungen.

Zu großen Abweichungen zwischen den Mitgliedstaaten kommt es bei der Höhe der Leistungen bei Arbeitslosigkeit: Bei einem Durchschnitt von 6,6 % der Gesamtleistungen in der EU-25 (1,6 % des BIP) lag dieser Anteil zum Beispiel in Spanien und Belgien über 12 %. Hingegen gaben Estland, Italien, Litauen Ungarn und das Vereinigte Königreich sowie außerhalb der EU-25 Island weniger als 3 % für Leistungen im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit aus.

Tabelle 4: Sozialleistungen im Jahr 2003 nach Funktionsgruppe (in % der Sozialleistungen insgesamt)

	Alter u. Hinterbliebene	Krankheit/ Gesundheitsversorgung	Invalidität	Familie/ Kinder	Arbeitslosigkeit	Wohnen u. soziale Ausgrenzung
EU-25	45.7	28.3	8.0	8.0	6.6	3.5
EU-15	45.5	28.4	7.9	8.0	6.7	3.5
BE	44.5	27.0	6.6	7.8	12.4	1.7
CZ	41.3	35.6	8.2	7.5	3.9	3.5
DK	37.2	20.5	13.5	13.2	9.8	5.7
DE	42.9	27.7	7.8	10.5	8.6	2.5
EE	44.8	31.8	9.3	10.0	1.8	2.2
EL	50.8	26.5	5.1	7.3	5.7	4.6
ES	43.8	30.7	7.4	3.0	13.3	1.7
FR	43.3	30.5	4.8	9.0	7.9	4.5
IE	23.2	41.8	5.1	16.0	8.4	5.6
IT	61.8	25.7	6.4	4.1	1.8	0.2
CY*	49.4	25.2	3.8	8.0	5.7	7.9
LV	53.1	22.9	8.5	10.8	3.2	1.5
LT	47.4	29.8	9.7	7.9	1.8	3.3
LU	37.2	24.8	13.4	17.7	4.2	2.8
HU	41.3	29.7	10.3	13.0	2.8	2.9
MT	52.3	26.0	6.5	5.6	6.7	2.9
NL	40.3	31.4	11.1	4.9	6.2	6.2
AT	48.2	24.8	8.6	10.8	6.0	1.7
PL	58.5	20.5	12.2	4.7	4.0	0.2
PT	46.2	28.8	11.5	6.5	5.5	1.6
SI	45.0	32.4	8.2	8.6	3.1	2.6
SK	39.4	32.8	8.9	8.3	5.8	4.9
FI	37.0	25.1	13.3	11.5	9.9	3.3
SE	40.1	26.3	14.2	9.5	5.9	4.0
UK	44.9	29.6	9.4	6.9	2.7	6.5
IS	30.5	36.1	14.3	13.6	2.5	3.2
NO	29.7	34.5	17.8	11.7	3.2	3.1
CH	47.5	26.3	13.3	5.0	4.7	3.1

* Die Daten für Zypern beziehen sich auf 2002.

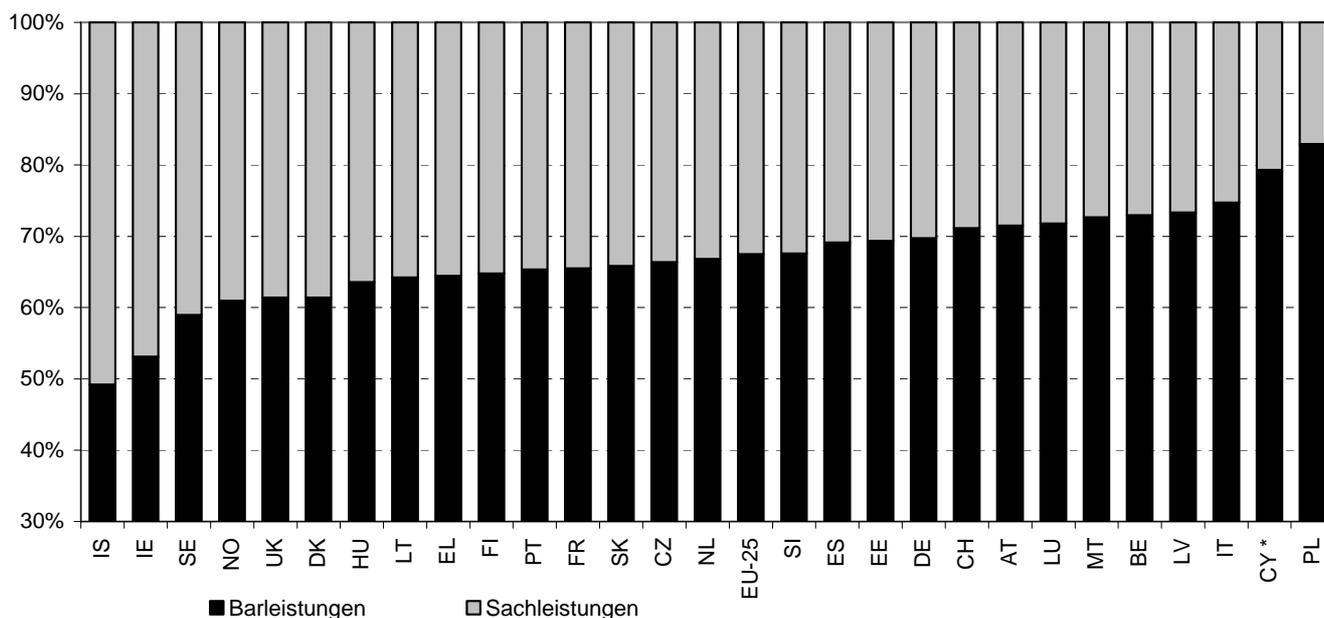
Quelle: Eurostat-ESSOSS

Barleistungen sind vorherrschend

In der Europäischen Union werden Sozialleistungen vorwiegend in Form von Barleistungen (siehe „Wissenswertes zur Methodik“) erbracht (Abbildung 3). 2003 wurden 67,5 % aller Sozialleistungen, das sind 18,1 % des BIP, in bar erbracht. Die Leistungen werden regelmäßig oder als Pauschalbeträge ausbezahlt. Der Anteil der Barleistungen war in Polen (82,9 %) und Zypern (79,3 %) am höchsten. In Deutschland, Österreich und Belgien erreichten sie über 20 % des BIP.

Sachleistungen (siehe „Wissenswertes zur Methodik“) stellten 32,5 % der Gesamtleistungen, das sind 8,7 % des BIP. In Irland (46,9 %) und Schweden (41,1 %) war der Anteil der Sachleistungen am höchsten, was darauf hinweist, dass in allen Sozialleistungsfunktionen mehr Dienstleistungen in Anspruch genommen und Waren bereitgestellt wurden. Island ist das einzige Land, in dem mehr Sachleistungen (50,8 %) als Barleistungen erbracht wurden.

Abbildung 3: Bar- und Sachleistungen im Sozialschutz, 2003



* Die Daten für Zypern beziehen sich auf 2002

Quelle Eurostat-ESSOSS

Deutlicher Anstieg der Ausgaben für Krankheit/Gesundheitsversorgung

Die in der Entwicklung der einzelnen Funktionen beobachteten Veränderungen ergeben sich aus der Entwicklung des Bedarfs, der Konjunktur, der demographischen Faktoren und aus Änderungen der Sozialschutzgesetze.

Zwischen 1999 und 2003 veränderten sich die Sozialleistungen in den einzelnen Funktionen daher unterschiedlich schnell. Alle Leistungen zusammengenommen lag die Steigerung in dem berücksichtigten Zeitraum im Durchschnitt in der EU-15, also der Ländergruppe, für die recht lange Reihen zur Verfügung stehen (Tabelle 5), bei 2,7 % jährlich (siehe „Wissenswertes zur Methodik“).

Hinter diesem durchschnittlichen Wachstum verbargen sich aber sehr unterschiedliche Änderungen, von

praktisch gleich bleibenden Werten in der Slowakei bis zu einem Zuwachs von 10,2 % in Irland. Länder wie Ungarn, Luxemburg und Griechenland verzeichneten ebenfalls eine starke Steigerung ihrer Sozialleistungen, während Österreich, Deutschland, Finnland und Dänemark leicht unter dem Durchschnitt lagen. Die Gesamtentwicklung in jedem Land ergab sich aus je nach Funktion unterschiedlichen Änderungen.

Bei den einzelnen Funktionen des Sozialschutzes liegen die durchschnittlichen jährlichen Steigerungsraten in einer Spanne zwischen 1,3 % und 4,2 %, wobei Wohnen/soziale Ausgrenzung und Krankheit/Gesundheitsversorgung die beiden Extreme bilden.

Tabelle 5: Sozialleistungen zu konstanten Preisen - Index, Jahresdurchschnitt 1999 - 2003

	Alter u. Hinterbliebene	Krankheit/ Gesundheitsversorgung	Invalidität	Familie/ Kinder	Arbeitslosigkeit	Wohnen u. soziale Ausgrenzung	Leistungen insgesamt
EU-25	:	:	:	:	:	:	:
EU-15 (1)	102.3	104.2	101.7	102.0	101.9	101.3	102.7
BE	103.8	106.2	95.6	100.2	104.2	105.6	103.5
CZ	103.5	106.2	103.8	100.9	106.3	109.4	104.5
DK	101.6	103.4	104.9	102.6	99.0	100.6	102.2
DE	101.7	100.9	101.3	101.7	100.9	99.6	101.3
EE	:	:	:	:	:	:	:
EL	104.7	107.5	106.7	104.7	105.3	101.0	105.3
ES	102.4	104.3	101.8	107.9	104.7	100.7	103.4
FR	102.2	104.8	98.0	100.5	104.4	102.0	102.7
IE	108.1	111.5	110.7	115.0	103.0	111.2	110.2
IT	101.4	104.6	102.7	104.8	98.4	113.4	102.3
CY	:	:	:	:	:	:	:
LV	:	:	:	:	:	:	:
LT	:	:	:	:	:	:	:
LU	104.5	105.4	104.7	109.9	115.8	135.7	106.5
HU	107.7	109.8	109.2	107.2	95.4	99.8	107.6
MT	104.8	106.9	108.0	94.7	105.4	102.4	104.8
NL	102.0	104.8	101.2	106.4	103.7	100.0	102.9
AT	102.2	100.5	101.2	103.8	104.6	100.1	101.9
PL	:	:	:	:	:	:	:
PT	104.9	104.2	101.0	102.5	92.0	102.6	104.2
SI	102.7	104.2	101.0	102.5	92.0	115.4	102.8
SK	102.1	99.2	107.2	95.9	96.1	95.0	100.1
FI	103.3	104.3	100.3	99.3	98.7	99.2	102.0
SE	103.3	104.0	106.1	103.2	94.0	99.2	103.0
UK	103.1	107.9	103.0	100.4	98.5	101.8	103.9
IS	107.4	105.3	112.6	111.1	116.3	109.2	108.0
NO	103.0	105.7	105.6	101.2	110.2	102.8	104.3
CH	101.3	104.5	104.8	101.9	107.0	99.5	102.8

(1) Zur Berechnungsmethode siehe Seite 11.

Quelle: Eurostat-ESSOSS

Zu konstanten Preisen nahmen die Leistungen für die Alters- und Hinterbliebenenversorgung zwischen 1999 und 2003 in der EU-15 jährlich um 2,3 % zu. Die Entwicklung dieses Komplexes basiert zum großen Teil auf der Entwicklung der Altersruhegelder, die fast 91 % der gesamten Leistungen für die Funktion Alter und Hinterbliebene im Jahr 2003 ausmachen (davon 85,5 % für Altersruhegelder im eigentlichen Sinne). Der Anteil der Bevölkerung von 60 und mehr Jahren ist in der EU-15 von 21,4 % im Januar 1999 auf 22,2 % im Januar 2003 gestiegen (das ist eine durchschnittliche Zunahme der Personenzahl um jährlich 1,3 %). Der zusätzliche (d. h. nicht auf die Alterung der Bevölkerung zurückzuführende) Anstieg der Leistungen für die Alters- und Hinterbliebenenversorgung lässt sich zum Teil dadurch erklären, dass die Erhöhungen der Ruhegelder über die Preissteigerungen hinausgingen und die durchschnittlichen Ruhegelder der Frauen, die heute länger berufstätig sind als früher, gestiegen sind.

Die durchschnittliche Steigerung der Leistungen im Zusammenhang mit der Alters- und Hinterbliebenenversorgung in der EU-15 ist größtenteils

auf die Entwicklung in den größten Ländern dieser Gruppe (Deutschland, Frankreich, Vereinigtes Königreich und Italien) zurückzuführen, auf die 73 % der Leistungen entfallen. In der Europäischen Union verzeichneten Irland (8,1 % pro Jahr) und Ungarn (7,7 % pro Jahr) die bedeutendsten Zunahmen; außerhalb der EU wies Island (7,4 % pro Jahr) das größte Wachstum auf. In Italien (1,4 %), Dänemark (1,6 %), Deutschland (1,7 %) und der Schweiz (1,3 %) war der Anstieg der Leistungen im Durchschnitt am geringsten.

Mit einer realen Erhöhung um 4,2 % jährlich zwischen 1999 und 2003 in der gesamten EU-15 stiegen die Ausgaben in der Funktion „Krankheit/Gesundheitsversorgung“ im berücksichtigten Zeitraum stärker als in den übrigen Funktionen. Während die Ausgaben für Krankheit/Gesundheitsversorgung in der ersten Hälfte des Zehnjahreszeitraums 1993-2003 nur geringfügig anstiegen (0,2 % jährlich zwischen 1993 und 1998), beschleunigte sich ihr Wachstum in der Folge. Diese Situation spiegelt unter anderem die Bemühungen

einiger Mitgliedstaaten wider, den Zugang zu Gesundheitsleistungen für alle zu ermöglichen, und weist auf die Bevölkerungsalterung hin.

Die seit 1999 beobachtete Beschleunigung ist ein allgemeiner Trend in der Europäischen Union, mit Ausnahme der Slowakei, Österreichs und Deutschlands. Die stärksten Steigerungen zwischen 1999 und 2003 verzeichneten Irland (11,5 %) und Ungarn (9,8 %).

Die Ausgaben für Invaliddität sind in der EU-15 im Zeitraum 1999-2003 ziemlich gleichmäßig gestiegen (durchschnittlich 1,7 % pro Jahr). Der größte Teil (58,5 % der Gesamtausgaben) wurde für Invalidenrenten aufgewendet. Allerdings sind die Anspruchsvoraussetzungen von Land zu Land sehr unterschiedlich.

Diese Ausgaben stiegen am stärksten in Irland, Ungarn, Malta, Griechenland und der Slowakei (und außerhalb der EU in Island). In Finnland, Portugal, Slowenien, den Niederlanden, Deutschland und Österreich nahmen die Ausgaben hingegen nur geringfügig zu. In Belgien und Frankreich gingen sie sogar zurück.

Die Ausgaben im Bereich Familie/Kinder sind real zwischen 1999 und 2003 um 2,0 % gestiegen. Dies hängt nicht mit einer Zunahme der Kinderzahl zusammen, denn die Altersgruppe 0-19 Jahre ist zwischen Januar 1999 und Januar 2003 um 1,7 % kleiner geworden. Die Barleistungen an Familien machen etwa 73 % der Gesamtausgaben für diese Funktion aus. Diese Entwicklung ist je nach Land die Folge von deutlichen Erhöhungen der Sätze bzw. von Reformen zugunsten der Familien (Änderung der Voraussetzungen für den Anspruch auf entsprechende Leistungen und Änderung der Sätze, Einführung neuer Leistungen).

In Irland, Luxemburg und Island sind die Ausgaben für Familien- und Kinderbeihilfen im berücksichtigten Zeitraum real am stärksten gestiegen. In Irland hat eine Reform des Elternurlaubs die Ausgaben in die Höhe getrieben. In Luxemburg ist die Entwicklung weitgehend auf die Erhöhung der Familienzulagen zurückzuführen. Umgekehrt verringerten sich in Malta, der Slowakei und Finnland die Leistungen für Familien real. Der Rückgang der Bevölkerung im Alter von 0 bis 19 Jahren zwischen Januar 1999 und Januar 2003 in der Slowakei (-9,5 %), in Malta (-4,5 %) und in Finnland (-2,4 %) erklärt größtenteils den Rückgang der Leistungen in diesen Ländern.

Die Ausgaben im Bereich Arbeitslosigkeit nahmen von 1999 bis 2003 real um 1,9 % zu. Zu Beginn folgten die Ausgaben im Bereich Arbeitslosigkeit dem schon vorher beobachteten rückläufigen Trend, der 1999 und 2000 anhielt, wurden aber durch Zunahmen der Leistungen für Arbeitslose in den Jahren 2001 (Spanien und Vereinigtes Königreich), 2002 (Tschechische Republik, Frankreich, Italien, Malta, Niederlande, Österreich, Portugal und Slowakei) und 2003 (Dänemark, Lettland, Litauen, Finnland und Schweden) in die Höhe getrieben, die auf die Schwächung des Arbeitsmarktes in den meisten dieser Länder zurückzuführen sind. Die zu Beginn des Zeitraums beobachtete Verringerung ist zum Teil auf eine zunehmende Verbesserung der Wirtschaftslage und zum Teil auf Reformen der Unterstützungssysteme in mehreren Ländern zurückzuführen. Sie ergab sich auch aus der Begrenzung der Dauer der Zahlungen und aus den Bemühungen um restriktivere Voraussetzungen für den Anspruch auf Leistungen.

Die Ausgaben zu konstanten Preisen in der Funktion „Wohnen und soziale Ausgrenzung“ stiegen zwischen 1999 und 2003 um 1,3 % pro Jahr. In Luxemburg, Slowenien, Italien und Irland waren die Zuwächse größer.

Sehr unterschiedliche Finanzierungssysteme, jedoch Trend zur Annäherung

2003 waren die wichtigsten Finanzierungsquellen für den Sozialschutz in der EU-25 die Sozialversicherungsbeiträge, die 60 % der Gesamteinnahmen ausmachten, und die staatlichen Zuweisungen aus den Steuereinnahmen (37 %). Die Sozialversicherungsbeiträge untergliedern sich in Beiträge zu Lasten der geschützten Personen (abhängig Beschäftigte, Selbständige, Rentner und andere Personen) und Beiträge zu Lasten der Arbeitgeber (*Tabelle 6*).

Der europäische Durchschnitt kaschiert beachtliche Unterschiede zwischen den Ländern in der Finanzierungsstruktur des Sozialschutzes. In Estland, der Tschechischen Republik, Belgien und Lettland stammen weit über 70 % der Gesamteinnahmen aus Sozialversicherungsbeiträgen.

Hingegen finanzieren Dänemark und Irland ihre Sozialschutzsysteme im Wesentlichen aus Steuern, deren Anteil an den Gesamteinnahmen bei über 60 % liegt. In Polen, dem Vereinigten Königreich, Schweden und Zypern (sowie in Norwegen) stützen sich die Einnahmen ebenfalls stark auf die öffentlichen Zuweisungen (über 45 %).

Diese Unterschiede haben historische Gründe und sind das Ergebnis der institutionellen Logik der Sozialschutzsysteme. Die nordeuropäischen Länder, in denen die öffentlichen Zuweisungen dominieren, sind stark in der „Beveridge-Tradition“ verhaftet (bei dieser Art von System reicht es aus, bedürftiger Gebietsansässiger zu sein, um Anspruch auf Sozialleistungen erheben zu können). In anderen Ländern herrscht eindeutig die „Bismarck-Tradition“ vor, bei der das System auf einer Versicherungslogik basiert (Beiträge). Die Unterschiede zwischen den

europäischen Ländern schwächen sich jedoch nach und nach ab, wobei die Finanzierung durch Steuern in den Ländern, in denen sie bisher gering war (z. B. Frankreich, Deutschland, Italien und Portugal), zunimmt und die Bedeutung der Beiträge in den Ländern, in denen die staatlichen Zuweisungen hoch sind, steigt.

Der Anteil der übrigen Einnahmen (Einkommen aus Vermögen und sonstige Einnahmen) war gering: 3,0 % in der EU-25 im Jahr 2003. In Zypern und den Niederlanden sowie in Island und der Schweiz lagen sie aber deutlich über 10 %.

Tabelle 6: Sozialschutzeinnahmen nach Arten (in % der Gesamteinnahmen)

	Staatliche Zuweisungen		Sozialversicherungsbeiträge						Übrige Einnahmen	
			Insgesamt		Arbeitgeber		Geschützte Personen (1)			
	1995	2003	1995	2003	1995	2003	1995	2003	1995	2003
EU-25	:	37.0	:	60.0	:	38.9	:	21.0	:	3.0
EU-15	32.1	36.9	63.8	60.0	39.2	39.0	24.7	21.0	4.0	3.1
BE	26.1	25.7	71.1	72.0	48.9	50.1	22.1	21.9	2.9	2.4
CZ	20.7	23.4	78.2	75.4	53.6	50.9	24.5	24.5	1.2	1.2
DK	69.7	63.0	24.0	30.3	10.2	9.7	13.8	20.7	6.3	6.7
DE	28.4	34.6	69.0	63.7	40.4	36.3	28.7	27.5	2.6	1.7
EE	:	20.1	:	79.8	:	79.2	:	0.6	:	0.1
EL	29.0	29.6	61.0	61.0	37.4	37.5	23.5	23.5	10.0	9.4
ES	30.3	28.4	67.0	68.7	50.0	52.3	17.1	16.4	2.7	2.8
FR	21.5	29.7	74.9	67.1	47.4	46.1	27.5	20.9	3.5	3.2
IE	62.8	61.7	36.3	36.7	22.3	22.8	14.0	13.9	0.8	1.6
IT	30.0	39.8	67.6	58.6	50.3	43.7	17.3	14.9	2.3	1.6
CY (2002)	:	48.4	:	36.8	:	:	:	26.6	:	14.8
LV	:	28.9	:	71.1	:	52.1	:	19.0	:	:
LT	:	38.8	:	60.7	:	54.6	:	6.1	:	0.4
LU	47.0	44.5	47.7	51.6	25.9	27.3	21.9	24.2	5.2	3.9
HU	:	34.8	:	58.4	:	43.5	:	14.9	:	6.9
MT	32.3	29.4	64.2	67.2	45.5	46.5	18.7	20.7	3.4	3.4
NL	17.1	19.4	63.7	67.5	21.0	32.8	42.8	34.7	19.2	13.1
AT	34.8	34.5	64.3	63.7	38.4	37.6	26.0	26.2	0.9	1.7
PL	:	50.1	:	49.6	:	26.5	:	23.0	:	0.3
PT	31.9	40.0	53.6	50.3	35.9	33.4	17.7	16.9	14.5	9.7
SI	:	31.5	:	67.2	:	27.3	:	39.9	:	1.3
SK	35.5	30.2	62.6	68.5	46.4	49.3	16.2	19.2	1.9	1.3
FI	45.8	44.3	47.3	49.9	33.7	39.0	13.7	10.9	6.9	5.7
SE	49.5	48.8	42.6	49.4	37.3	40.6	5.3	8.8	7.9	1.8
UK	50.5	49.5	48.7	48.9	25.4	32.7	23.3	16.2	0.9	1.6
IS	61.2	40.8	38.8	38.5	30.7	31.8	8.2	6.7	:	20.7
NO	62.2	55.9	36.9	44.0	22.6	:	14.4	:	0.9	0.1
CH	19.2	22.7	62.0	61.2	31.8	28.4	30.2	32.8	18.8	16.1

(1) Abhängig Beschäftigte, Selbständige, Rentner und andere Personen

Quelle: Eurostat-ESSOSS

➤ WISSENSWERTES ZUR METHODIK

Die Sozialschutzausgaben und -einnahmen wurden nach der Methodik des Europäischen Systems der integrierten Sozialschutzstatistik „ESSOSS-Handbuch 1996“ berechnet. Zu den Ausgaben zählen die eigentlichen Sozialleistungen, Verwaltungskosten und sonstige Ausgaben im Rahmen der Sozialschutzsysteme. Im „ESSOSS-Handbuch 1996“ werden acht Funktionen des Sozialschutzes unterschieden: Krankheit/Gesundheitsversorgung, Invalidität, Alter, Hinterbliebene, Familie/Kinder, Arbeitslosigkeit, Wohnen sowie soziale Ausgrenzung, die keiner anderen Kategorie zugeordnet werden kann.

Eine **Barleistung** ist eine Leistung, die i) in Form von Bargeld erbracht wird, und ii) die keinen Nachweis der tatsächlichen Ausgaben seitens der Empfänger voraussetzt. Leistungen, die den Nachweis der tatsächlichen Ausgaben durch die Empfänger voraussetzen, sind Erstattungen, die den Sachleistungen zugeordnet werden. Beispiele für Barleistungen sind alle Arten von Renten, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Elternurlaub, Familienbeihilfe bzw. Kindergeld, Arbeitslosengeld und Einkommensbeihilfe.

Sachleistungen sind Leistungen in Form von Waren und Dienstleistungen. Sie können als Erstattung oder direkt gewährt werden. Erstattungen sind Zahlungen, mit denen dem Empfänger nachweislich erbrachte Ausgaben für bestimmte Waren und Dienstleistungen ganz oder teilweise vergütet werden. Direkt erbrachte Leistungen sind Waren und Dienstleistungen, die ohne vorherige finanzielle Leistung des Empfängers gewährt werden. Beispiele für Sachleistungen sind: Stationäre und ambulante Behandlung, Arzneimittel, Bestattungskosten, Kinderbetreuung tagsüber, Haushaltshilfe, Unterbringung, Berufsausbildung, Arbeitsvermittlung und Arbeitsassistenten sowie Wohnungsbeihilfen.

Die Sozialleistungen (brutto) werden ohne Abzug von Steuern oder anderen von den Empfängern zu leistenden Zwangsabgaben auf die Leistungen erfasst. „Steuerliche Leistungen“ (Steuervergünstigungen für Haushalte im Rahmen des Sozialschutzes) sind in der Regel ausgeschlossen.

Berechnung der Indizes in den Tabellen 2 und 5

Aufgrund der starken jährlichen Schwankungen der Wechselkurse zwischen dem ECU/EURO und den nationalen Währungen musste für die EU-15- und EU-25-Aggregate in diesen Tabellen statt eines

Index auf Basis des ECU/EURO eine andere Lösung verwendet werden.

Die Indizes auf Ebene der EU-15 und der EU-25 sind das Ergebnis eines gewogenen Mittelwertes der jährlichen Indizes der einzelnen Länder in der nationalen Währung. Die Vorjahresausgaben der Länder in ECU/EURO dienen als Gewichtungsgrundlage (zum Beispiel die Ausgaben 1999 für den gewogenen Index 2000/1999, die Ausgaben 2000 für den gewogenen Index 2001/2000).

Abkürzungen

Die EU-15 besteht aus Belgien (BE), Dänemark (DK), Deutschland (DE), Griechenland (EL), Spanien (ES), Frankreich (FR), Irland (IE), Italien (IT), Luxemburg (LU), Niederlande (NL), Österreich (AT), Portugal (PT), Finnland (FI), Schweden (SE) und dem Vereinigten Königreich (UK).

Die EU-25 umfasst die Länder der EU-15 sowie die Tschechische Republik (CZ), Estland (EE), Zypern (CY), Lettland (LV), Litauen (LT), Ungarn (HU), Malta (MT), Polen (PL), Slowenien (SI) und die Slowakische Republik (SK).

IS = Island, NO = Norwegen, CH = Schweiz.

Anmerkungen zu den Daten

Die Daten für die gesamte EU-25 (einschließlich Zyperns) stehen zum ersten Mal zur Verfügung. Die Reihen für die neuen Mitgliedstaaten sind jedoch unterschiedlich lang: Daten ab 1999 stehen lediglich für CZ, HU, MT, SI und SK zur Verfügung.

Für Spanien (für den Zeitraum 1993-1994) werden die Zahlen noch nach der früheren Methodik der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ESGV 79 berechnet; die Zahlen der übrigen Länder basieren auf dem ESGV 95.

Bei den Daten für 2003 handelt es sich für BE, CZ, DE, EE, ES, EL, FR, IE, IT, LV, LT, LU, NL, PL, PT, SI, SK, SE und UK um vorläufige Daten.

Die Angaben zu BIP, KKS, Bevölkerungs- und Verbraucherpreisindex wurden im November 2005 extrahiert. Dies kann der Grund für eventuelle Abweichungen von nationalen Veröffentlichungen sein.

Weitere Informationsquellen:

Veröffentlichungen

Titel	ESSPROS MANUAL – 1996
Katalognummer	CA-99-96-641-EN-N
Titel	European Social Statistics – Social protection – Expenditure and receipts – Data 1995 - 2003
Katalognummer	KS-DC-06-001-EN-N

Daten:

[EUROSTAT Webseite/Bevölkerung und soziale Bedingungen/Lebensbedingungen und Sozialleistungen/Sozialschutz/Ausgaben des Sozialschutzes /Ausgaben: wichtigste Ergebnisse](#)

[EUROSTAT Webseite/Bevölkerung und soziale Bedingungen/Lebensbedingungen und Sozialleistungen/Sozialschutz /Einnahmen des Sozialschutzes/Einnahmen nach Typen](#)

[Europäische Kommission Webseite/Europäische Kommission/Beschäftigung und Soziales/Soziale Sicherheit in der EU : MISSOC Database](#)

Journalisten können den Media Support Service kontaktieren:

BECH Gebäude Büro A4/125
L - 2920 Luxembourg

Tel. (352) 4301 33408
Fax (352) 4301 35349

E-mail: eurostat-mediasupport@ec.europa.eu

European Statistical Data Support:

Eurostat hat zusammen mit den anderen Mitgliedern des „Europäischen Statistischen Systems“ ein Netz von Unterstützungszentren eingerichtet; diese Unterstützungszentren gibt es in fast allen Mitgliedstaaten der EU und in einigen EFTA-Ländern.

Sie sollen die Internetnutzer europäischer statistischer Daten beraten und unterstützen.

Kontakt Informationen für dieses Unterstützungsnetz finden Sie auf unserer Webseite:
<http://ec.europa.eu/eurostat/>

Ein Verzeichnis unserer Verkaufsstellen in der ganzen Welt erhalten Sie beim:

Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften

2, rue Mercier
L - 2985 Luxembourg

URL: <http://publications.europa.eu>
E-mail: info-info-opoce@ec.europa.eu
